

Löscharbeiten in Aulnay-sous-Bois: Intifada vor den Toren der französischen Hauptstadt

VICTOR TONELLI / REUTERS

EUROPA

# Aufbruch in Eurabia

Brennende Autos, Vorstadt-Gewalt und Vandalismus: In Paris gehen junge Einwanderersöhne auf die Barrikaden, auch in den britischen und niederländischen Ghettos brodelt es. Der Traum eines friedlichen Multikulti-Miteinanders zerplatzt.

**B**ürgermeister Claude Dilain sitzt im Hochzeitssaal seiner Gemeinde, ganz vorn auf der Stuhlkante. Er hat die Hände gefaltet vor sich auf dem Tisch, hinter sich eine Gipsbüste der Marianne und in sich einen Verdacht.

Seit zehn Jahren ist Claude Dilain, 57, der Bürgermeister von Clichy-sous-Bois, eines Vororts im Nordosten von Paris mit 28 100 meist zugewanderten Bewohnern, „einem Pulverfass“, wie er sagt. Er hat Ähnlichkeit mit dem Autor Michel Houellebecq. Heute ist er noch blässer. Vielleicht von der Anstrengung der letzten Nächte. Vielleicht auch wegen der Ahnung, dass in manchen Lebenslagen alle Künste des Wohlfahrtsstaates versagen.

Dilain ist Sozialist und Vizepräsident des französischen Städtetages. Er hat Gratis-Fußballkurse eingerichtet, hat die Wortführer der Jugendlichen zu Vermittlern ernannt und dafür gesorgt, dass die Müllabfuhr funktioniert. Clichy-sous-Bois besteht förmlich aus Schulen, Mutter-und-Kind-Zentren, Sozialbüros, Parks und einem Collège wie aus dem Architektenwettbewerb. In der Stadtbibliothek läuft der Aufsatzwettbewerb „Ich komme von fern, mein Land hab ich gern“.

Claude Dilain hat alles richtig gemacht. Und jetzt muss er den Verdacht haben, dass das Richtige nicht reicht.

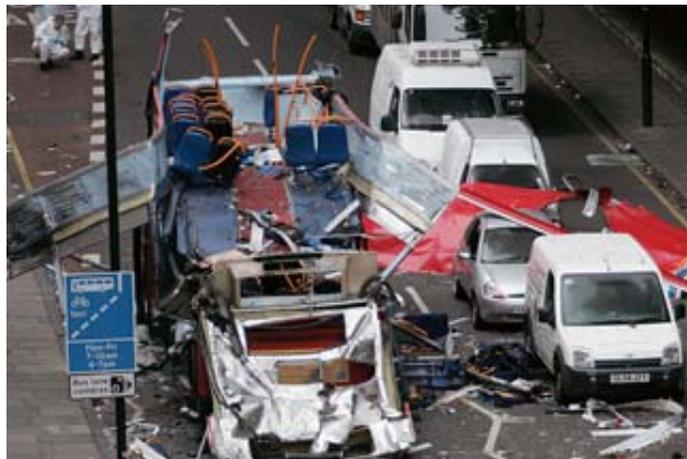
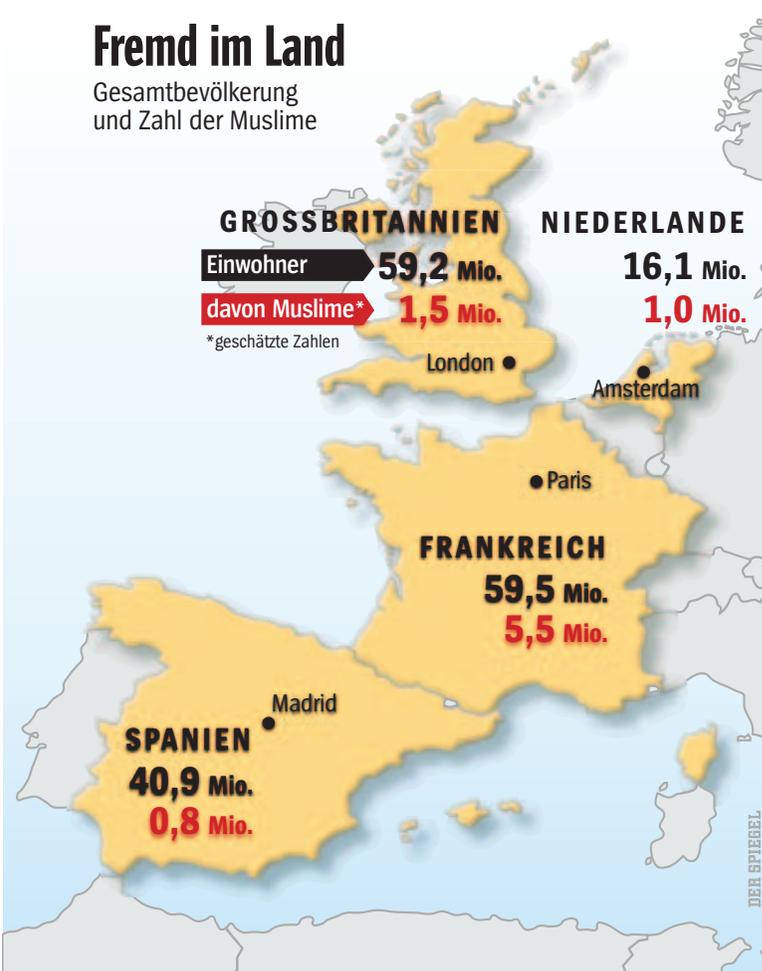
Das Fernsehen zeigt Clichy als Ramallah-sous-Bois, wo Jugendliche in Turn-

schuhen und Kapuzen die Revolte proben. Man sieht die Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei CRS mit Gummigeschossen und Tränengas patrouillieren, man sieht brennende Autos und Müllcontainer. Ein Sprecher der Polizeigewerkschaft ruft nach der Armee. Die Betonwände im Hintergrund sind bunt und von Kindern bemalt – ein Projekt der Bürgermeisterei.

Etwas ist gescheitert: der französische Weg der sanften Integration. Bildung nutzt wenig, wenn es keine Arbeit gibt. Und der harte Kurs des Innenministers Nicolas Sarkozy macht es offenbar nur noch schlimmer. Als Sarkozy, der Präsident Frankreichs werden will, von „Gesindel“ sprach, das man „auskärchern“ werde, da war es,

# Fremd im Land

Gesamtbevölkerung  
und Zahl der Muslime



Bombenattentat in London\*: „Generation Dschihad“



Verhüllter Van-Gogh-Leichnam in Amsterdam\*: 106 Racheakte

als hätten die Jugendgangs auf solche Grenzziehungen nur gewartet.

Intifada vor den Toren der französischen Hauptstadt: Seit über einer Woche brennen im Departement Seine-Saint-Denis Müllcontainer und Autos. Nacht für Nacht treffen sich 16-, 17-Jährige und ziehen brandschatzend durch ihre Viertel. Sie werfen Benzinflaschen in Teppichmärkte und Kindergärten. Sie zünden Autos an, als seien es Herbstfeuer. 250 in der einen Nacht, 315 in der folgenden, 500 in der nächsten. Autos knallen am besten.

Am 27. Oktober waren zwei Jugendliche unter nicht ganz geklärten Umständen ums Leben gekommen. Sie waren vor einer Polizeikontrolle geflüchtet (was mittlerweile offiziell dementiert wird) und in eine Sackgasse geraten. An deren Ende stand nur noch eine Umspannung. An ihr Tor hatte Bürgermeister Dilain ein Warnschild speziell für Jugendliche im Comic-Stil anbringen lassen: Stopp! Todesgefahr! Es nutzte nichts, der 15-jährige Banou aus Mali und sein zwei Jahre älterer Freund Ziad, ein Tunesier, verbrannten. Ein dritter Junge überlebte schwerverletzt.

Sofort verbreitete sich das Gerücht, die beiden seien von der Polizei in den Tod gehetzt worden. Seither vergeht keine

Nacht ohne Straßenschlachten, und in Frankreich ist der Staat in der Krise.

Für die Ordnungsmacht bleibt diese Stadtguerilla schwer greifbar. Gemessen am Ausmaß des flammenden Aufstands gelten nur wenige Festnahmen – 230 bis zum vergangenen Freitag – und noch weniger Verurteilungen.

Fünf Tage lang blieben Premier und Präsident stumm. Fast schien es, als schauten Jacques Chirac und Dominique de Villepin passiv zu, wie der ehrgeizige Sarkozy im Schlamassel zu versinken drohte. Dann erkannten sie, dass die dramatischen Ereignisse zur Gefahr für die Republik werden könnten.

Präsident Chirac wurde gedrängt, zum Fernsehvolk zu sprechen. „Gesetz und Ordnung müssen das letzte Wort haben“, erklärte Premier de Villepin. Der dynamische Sarkozy zeigte sich federnden Schrittes und sagte, wie auch Villepin, Reisen ins Ausland vorsorglich ab. Allen dreien scheint bewusst zu sein, dass die Integration à la française, die seit der Französischen Revolution Einwanderer verschiedenster Herkunft zu vollwertigen Citoyens machte, gescheitert ist.

Es sind die Nachkommen der Immigranten aus dem Maghreb und Schwarzafrika, die da auf die Barrikaden gehen.

Es sind Ferien, das macht den Tag noch länger, und am Ende des Fastenmonats Ramadan liegen die Nerven ohnehin blank. Es herrscht Rebellion gegen alles, was entfernt an den Staat erinnert, und sei es der Postbote. Niemand erreicht sie mehr, weder Eltern noch Lehrer, geschweige denn die Behörden.

Die sozialen Brüche in der französischen Gesellschaft verlaufen heute entlang ethnischer und religiöser Linien, die zugleich kulturelle Gräben markieren. Das republikanische Ideal – die Nation als Willensgemeinschaft von Gleichberechtigten ungeachtet der Herkunft und der Religion – weicht einem spannungsgeladenen Nebeneinander von Gemeinschaften, die ihre Identität behalten und nach autonomen Regeln leben wollen. Frankreich hat offiziell den Multikulturalismus immer verurteilt – und muss jetzt doch mit dessen Konsequenzen fertig werden.

In diesem Kontext verkommt ein geheiligter Grundpfeiler des republikanischen Selbstverständnisses, die strikte Trennung von Staat und Religion, zur Illusion. Zwar treibt nicht der Dschihad die Stadtguerilla an, aber der Islam ist ein untrennbarer Bestandteil ihres Selbstverständnisses. Der

\* Oben: am 7. Juli; unten: am 2. November 2004.



FAMALIAN MENDI / SIPA PRESS

**Schweigemarsch in Clichy-sous-Bois\*:** „Verzweifelte neue Unterklasse“

Islam stärkt ihr Zusammengehörigkeitsgefühl, verleiht ihr den Anschein von Legitimität und zieht die Grenze zu den anderen, den „Franzosen“.

In Clichy-sous-Bois stellten sich plötzlich „große Brüder“ zwischen Ordnungskräfte und Steinewerfer: fromme Bärtige in langen Traditionsgewändern aus dem Umkreis der Moschee, die im Namen Allahs zur Ruhe aufriefen. „Allahu akbar“, schallte es tausendfach aus den Fenstern der Wohntürme zurück. Den Fernsehzuschauern in ihren sicheren Wohnstuben lief es kalt über den Rücken.

Bekommen erkannten die Ordnungskräfte im Aufmarsch der selbsternannten Friedenhüter so etwas wie einen muslimischen Ordnungsdienst, vielleicht sogar die Keimzelle einer islamischen Miliz. „Die Logik dieser Unruhen“, sagte ein Polizeioffizier, „ist die Sezession“ – die Abtrennung und Verselbständigung ganzer Viertel und Gemeinden, Zonen eigenen Rechts, zu denen die Staatsmacht keinen Zutritt mehr hat, wenn sie nicht als feindlicher Eindringling empfunden werden will.

Seit 25 Jahren gibt es in Frankreich Sonderprogramme, Pläne und Banlieue-Ministerien für die Problemviertel. Und ebenso regelmäßig brennen die Müllcontainer in den Vorstädten, mal in Paris, mal in Lyon, Straßburg oder Marseille. Fast hätte man sich daran gewöhnt.

Doch die Entwicklung eskaliert. Seit Januar hat es 70 000 Fälle von Vandalismus, Brandstiftung, Bandengewalt gegeben. Nicht weniger als 28 000 Autos sind angesteckt worden. Und es sind meist die Autos der Armen, die da lodern.

Die Brandsätze, die Steinewerfer, der Fanatismus – all das erinnert auch an das Unruhejahr 1968. Nur ist diesmal keine Avantgarde auf dem langen Marsch. Kein

Sartre, kein Cohn-Bendit hakt sich in der ersten Reihe unter.

Was in diesen Tagen die öffentliche Ordnung in europäischen Städten erschüttert, ist ein verzweifeltes Aufschäumen, ist richtungslose Gewalt mal gegen eine Staatsmacht wie in Paris, mal gegen andere Underdogs wie kurz zuvor in Birmingham. Und natürlich sind die Anschläge in Madrid und London im Gedächtnis.

Es war nur ein Zufall, dass sich am vergangenen Dienstag in London die Königin und der Premier mit den Angehörigen der 52 Toten, die am 7. Juli bei simultanen Anschlägen umgebracht worden waren, zur Trauerfeier versammelten. Es war auch nur ein Zufall, dass sich am vorigen Mittwoch die Ermordung Theo van Goghs jährte. Doch das sind Zufälle mit Symbolkraft. Eine „Generation Dschihad“ sei aktiv im abendländischen Europa, titelte passend das US-Magazin „Time“.

Zwar haben Birmingham und die Pariser Vorstädte keinen terroristischen Hintergrund. Es geht nicht um den Dschihad, nicht um Irak oder Palästina. Aber natürlich wächst die Angst, dass aus dem Aufbruch in den Städten ein paar Terroristen für al-Qaida oder andere Gruppen hervorgehen könnten.

In Frankreich leben offiziell gut fünf Millionen Muslime – das ist die höchste Zahl aller Länder der EU; allerdings gibt es keine verlässlichen Angaben, weil bei Volkszählungen nach Religion nicht gefragt wird. Sie fühlen sich ausgegrenzt, wie all die anderen Millionen Zuwanderer aus den alten Kolonien in ganz Europa, von denen viele arbeitslos sind. Sie hausen in Vorstadt-Ghettos, denn bessere Quartiere können sie sich nicht leisten. Und dass solche Ghettos jetzt zu Kriegsschauplätzen werden, zeigt auch, dass die freiwillige Anpassung von Zuwanderern an ein fremdes Umfeld ein frommer Wunsch ist – und ein scheidendes Konzept.

Es liegt natürlich an der Masse und ihrer Zusammenballung. Im Großraum Birmingham etwa, Englands zweitgrößter Stadt, wohnen gut eine Million Menschen, knapp ein Drittel von ihnen sind Farbige. Dort können in den kommenden zehn Jahren die Alteingesessenen in der Minderheit sein, sagen Statistiker, ebenso wie in Amsterdam, wo rund 150 verschiedene Nationalitäten koexistieren.

„Eurabia“ heißt dieses neue Europa in Amerika – weil das christlich geprägte alte Europa politisch und kulturell zunehmend auch vom Islam, von Arabien geprägt werde. Tatsächlich ist zum Beispiel jeder zehnte Niederländer im Ausland geboren. Muslime in Frankreich haben sogar Gebetsräume im Disneyland bei Paris. In England sind die Zuwanderer aus dem ehemaligen Kolonialreich überwiegend in die Armut der Ghettos abgerutscht.

Wie kann diese „verzweifelte und gefährliche neue Unterklasse“, wie Streetworker in Leeds sie nennen, zu verantwortungsbewussten Staatsbürgern werden? Wer hält sie davon ab, übereinander herzufallen wie vor zwei Wochen in Birmingham?

Es braucht nicht viel, und urplötzlich explodiert die Gewalt. In Lozells, einem der ärmsten Viertel von Birmingham, lautete die Bilanz der jüngsten Unruhen 2 Tote, 20 Verletzte, dazu eine große Zahl eingeschlagener Fensterscheiben und angezündeter Autos. Junge Asiaten, deren Eltern hauptsächlich aus Pakistan und Indien stammen, hatten sich mit den Nachkommen von Einwanderern aus der Karibik Straßenschlachten geliefert.

Auslöser war das Gerücht, Ajaib Hussein, ein Besitzer von drei erfolgreichen Kosmetikläden, habe eine 14-jährige Jamaikanerin beim Ladendiebstahl erwischt und sie danach mit bis zu 25 Bekannten und Angestellten vergewaltigt. Zwar gibt es bis heute keine Beweise, und das angebliche Opfer gibt es wohl ebenso wenig. Aber es genügt, wie später in Clichy-sous-Bois, ein Verdacht, um die schwersten Krawalle seit mehr als 20 Jahren in Birmingham auszulösen. Denn die Spannungen in den Suburbs mit einem ähnlichen Sozialmix wie in Lozells sind gigantisch.

Im Bezirk Lozells, wo rund 30 000 Menschen wohnen, haben über die Hälfte der Bewohner asiatische Wurzeln und 20 Prozent karibische. Mit 22 Prozent ist die Arbeitslosenquote fast dreimal höher als in der gesamten Region Birmingham. „Hier müssen sich die Menschen um die Krümel prügeln, die vom Tisch der Wohlhabenden herunterfallen“, sagt der schwarze Bischof Joe Aldred.

Die Gewaltbereitschaft wird genährt durch Straßengang wie die „Muslim Birmingham Panthers“ oder die „Burger Bar Boys“, die ursprünglich entstanden waren, um Einwanderer vor rassistischen Übergriffen zu schützen. Mittlerweile sind es

\* Zu Ehren der beiden am 27. Oktober tödlich verunglückten Jugendlichen.

Verbrechersyndikate – und Lozells ist zur Metapher geworden für eine gescheiterte Integrations- und Einwanderungspolitik, ein Ort, den der Staat nur noch mit Law-and-Order-Maßnahmen verwaltet. Es seien Ghettos wie in Chicago oder Miami entstanden, sagen Experten, in denen die Wut konkret auf den Nachbarn mit der anderen Hautfarbe und dem größeren Fernseher zielt, nicht auf die „Ungläubigen des Westens, deren Blut im Dschihad fließen soll“.

Die Weißen, die Alteingesessenen „schlafwandeln“ unterdessen in eine Zukunft voller „schwarzer Löcher“ in ihren Städten, warnt Trevor Phillips, Chef der staatlichen Rassengleichheitskommission. 95 Prozent aller weißen Briten haben laut neuesten Umfragen ausschließlich weiße Freunde, 37 Prozent der Farbigen bleiben ebenfalls unter sich, und dieser Trend

lange als vorbildlich gegolten hatte. Für die amerikanische Terrorismusforscherin Jessica Stern sind sie mittlerweile sogar „ein Labor, in dem ich die Entwicklung von Ängsten besonders gut studieren kann“. Stern staunt, welche Wirkung die Ermordung eines einzigen Menschen auf eine ganze Nation haben kann: „Wie kann ein Volk plötzlich so an sich zweifeln? Wie kann es kommen, dass nicht die Muslime, sondern die Einheimischen in eine derartige Identitätskrise geraten sind?“

Integration? 60 Prozent der eine Million niederländischen Muslime begreifen sich zuerst als Marokkaner oder Türken, sind oft stolz auf ihre Normen und Werte, suchen Geborgenheit in ihrer Gemeinschaft. So entstehen Parallelwelten. Von „den Holländern“ reden Immigrantenkinder wie von Feinden. Ihre Geschwister besuchen

Koranschulen, Musliminnen mit Kopftüchern tauchen immer öfter im Straßenbild auf. Schroffe Umgangsformen greifen um sich, etwa wenn Muslime und Einheimische in Amsterdamer Einkaufsstraßen einander rüde rempeln.

Politiker jeder Couleur, Journalisten, Anwälte werden anonym bedroht. Amsterdams Bürgermeister Job Cohen, von „Time“ wegen seiner versöhnlichen Haltung gerade zu einem der „europäischen Helden“ des Jahres gekürt, braucht neuerdings Leibwächter. Und an urbanen Brennpunkten werden immer mehr Kameras installiert.

„Wir waren zu weich. Die Zeit des Tee-trinkens ist vorbei“, sagt Rita Verdonk. Die Ministerin für Einwanderung hat einen scharfen Kurs eingeschlagen. Sie lässt immer konsequenter alle abgelehnten Asylbewerber abschieben, darunter auch solche, die bislang geduldet wurden und deren Kinder zur Schule gehen.

Seit dem Van-Gogh-Mord kam es nach einer Zählung der Anne-Frank-Stiftung zu 106 wechselseitigen Racheakten, darunter einem Brandanschlag auf die islamische Grundschule Bedir im beschaulichen Städtchen Uden – angesteckt von Jugendlichen, die eine unmissverständliche Botschaft an die Muslime der Niederlande hinterließen: „White Power“.

Die Kampfzone weitet sich aus, wie es der bleiche Autor Michel Houellebecq in seinem Bestseller formuliert. Und es sieht ganz danach aus, als würden die wurzellosen Zuwanderer das Leben in Europa auf dramatische Weise verändern. Birmingham und die Vorstädte von Paris geben eine Ahnung davon.

RÜDIGER FALKSOHN,  
THOMAS HÜETLIN, ROMAIN LEICK,  
ALEXANDER SMOLTZYK, GERALD TRAUFFETTER



Krisensitzung in Paris\*: „Das Gesindel auskärchern“

nimmt zu, besonders unter Jugendlichen. Der soziale Aufstieg gelingt in Stadtteilen wie Lozells nur einem von 15 Kindern.

Fundamentalisten haben in diesen Revieren Zulauf, denn „die Mehrheit der Muslime in Großbritannien ist frustriert, kann aber nicht darüber sprechen“, sagt einer von ihnen namens Sajid Sharif, 37, ein Bau-Ingenieur aus Nord-London. „Sie wird den Anschlägen von London nicht öffentlich zustimmen, glaubt aber insgeheim, dass Großbritannien sie verdient hat.“

Das offizielle England trauerte erst vorige Woche um die Opfer des 7. Juli. Psychologen hatten taktvollen Abstand zum Ereignis empfohlen. Tags darauf wurde jenseits des Kanals, in den Niederlanden, der erste Jahrestag des Mordes am Filmemacher und Malerurgroßneffen Theo van Gogh begangen. Ihn hatte ein aus Marokko stammender Arbeitsloser umgebracht.

Auch die Niederlande stehen vor den Trümmern ihrer Integrationspolitik, die

\* Innenminister Sarkozy, Premier de Villepin in der Nationalversammlung am vorigen Mittwoch.